

Relation 3,8 gegen 5,1, Gini-Koeffizient 26,3 gegen 30,7), hat sich entgegen den Erwartungen jedoch weder in der EU-27 noch in Österreich nennenswert verändert. In Deutschland hingegen ist die Quintilrelation (Familie mit 2 Kindern) von 3 auf $4\frac{1}{2}$ und die Armutsgefährdung von 12% auf 16% gestiegen. In Österreich hat sich die Armutsgefährdung (nach Transfers) in der Krise nicht verändert (12% der Bevölkerung), in der EU-27 ist sie um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt auf 17% gestiegen. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass die Medien – und wohl auch die Bevölkerung – die Verteilungslage deutlich kritischer sehen: Die Zahl der Sozialhilfeempfänger wie der Obdachlosen hat auch in Österreich zugenommen, die Schere zwischen Höchst- und Durchschnittseinkommen öffnet sich immer stärker, und die Lohnquote sinkt.³⁰ Dennoch zeigt die optimistische Einschätzung der persönlichen Berufs- und Finanzlage (siehe weiter vorne), dass die gefühlte Einkommenssicherheit des Durchschnittsösterreicherers durch die Krise nicht beeinträchtigt wurde, das Vertrauen in das soziale Netz somit gehalten hat. Dazu dürften einige soziale Absicherungsmaßnahmen vor und während der Krise beigetragen haben.

Insgesamt kann somit auch die Untersuchung der weithin unbestrittenen Bestimmungsgründe der Lebenszufriedenheit bloß eine beschränkte Erklärung der günstigen österreichischen Entwicklung während der Krise liefern. Unter den persönlichen Bestimmungsgründen haben sich Stabilität der Ehen und Gesundheitszustand leicht verbessert, die sozialen Beziehungen jedoch eher verschlechtert. Bei den ökonomischen Bestimmungsgründen liegt Österreich generell deutlich besser als die EU-27, und es gab auch keine (statische erfasste) Verschlechterung in der Krise. Letzteres wäre natürlich eine gute Begründung dafür, dass sich auch die Lebenszufriedenheit nicht verschlechtert hat; allerdings ist fraglich, wie weit die relativ günstigen Daten der Statistik der Bevölkerung bewusst sind bzw. in einer Situation geglaubt werden, in der die Medien voll Bedrohungs- und Krisenrhetorik sind. Zumindest in der Frage der Einkommensverteilung widerspricht die öffentliche Meinung den statistischen Daten offensichtlich.

4. Das zweistufige österreichische Optimismusgefälle

Interessanterweise lässt sich in Österreich eine Tendenz zu einem zweistufigen Optimismusgefälle erkennen: Die persönliche berufliche und finanzielle Lage wird günstiger eingeschätzt als die des Landes und die Lage des Landes günstiger als die der EU oder gar der Welt. Deutlich stärker als die EU-Bürger machen die Österreicher die EU für die wenig befriedigende Entwicklung verantwortlich: 41% sind der Meinung, die wirtschaftliche Zukunft des Landes wäre ohne EU günstiger,³¹ ohne dass allerdings die EU-Politik deswegen für falsch gehalten würde: Denn trotz der breiten